

BDP Kanton Basel-Landschaft
Postfach
4410 Liestal



9.2.2014

Medienmitteilung

Abstimmungen vom 9. Februar 2014

Die heutige Abstimmung stellt Weichen für die Zukunft der Schweiz. Deshalb freut uns die hohe Stimmbeteiligung.

Die grosse Zustimmung zu FABI war so nicht voraussehbar, aber ist ein deutliches Zeichen für den öffentlichen Verkehr. Mit diesem Geld soll der Unterhalt und auch der Ausbau für einen leistungsfähigen ÖV sichergestellt werden. Wir hoffen jetzt natürlich, dass die Ausbauprojekte in unserer Region wirklich an die Hand genommen werden, und nicht in Bern auf die lange Bank geschoben werden. Hier müssen unsere Vertreter in Bern und auch der Regierungsrat unsere Interessen mit Nachdruck vertreten. Der Ausbau der Bahnlinie nach Laufen/Delémont könnte z.B. den Bahnknoten in Olten deutlich entlasten. Auch der Güterverkehr kann nur ausgebaut werden, wenn neue Kapazitäten geschaffen werden.

Von der knappen Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative sind wir enttäuscht. Die angesprochenen Probleme (überfüllte Züge und Strassen, teure Wohnungen, Siedlungsdruck etc.) müssen angegangen werden. Aber diese Initiative löst keines dieser Probleme. Leider ist es uns nicht gelungen aufzuzeigen, dass die Annahme dieser Initiative eine grosse Unsicherheit in den bilateralen Beziehungen und auch für die Wirtschaft auslöst, die uns langfristig schaden wird.

Wir werden die SVP in die Pflicht nehmen, jetzt nicht polemisch sondern konkret aufzuzeigen, wie ihre Initiative umgesetzt werden kann, ohne dass unsere Wirtschaft und damit auch die Bevölkerung Schaden nimmt. Die Streichung des Familiennachzuges z.B. ist in unseren Augen ein sehr menschenverachtender Lösungsansatz.

Bedenklich ist aber vorallem, dass das Stimmvolk offenbar kein Vertrauen mehr in den Bundesrat und die Politik hat. Immerhin waren sämtliche Parteien ausser der SVP gegen diese Initiative. Ich bin jetzt sehr gespannt, ob die SVP bereit ist zu Lösungen und neuen Verhandlungen Hand zu bieten.

Die Ablehnung der Initiative „Abtreibung ist Privatsache“ fiel deutlich aus. Die Fristenlösung ist in der Schweiz breit akzeptiert und hat sich bewährt.

Von der Annahme der Initiative über die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus erhoffen wir uns einen Impuls für unsere Wirtschaft. Die Bausparförderung hat sich in Baselland bewährt und wird nun in einem ähnlichen Rahmen weitergeführt.

Die Schweizer Bevölkerung hat heute Weichen gestellt. In welche Richtung diese uns führen werden, werden wir erst in naher Zukunft sehen. Die BDP wird sich weiterhin für eine lösungsorientierte Politik einsetzen.

Auskunft:

Marie-Therese Müller, Präsidentin BDP Basel Landschaft

Tel. 061 711 35 62, 079 380 45 43

mtmueller@bdp-bl.ch